

Nach den islamistischen Terroranschlägen vom 11. September 2001 auf die New Yorker Twin Towers und den Folgeattaken auf London und Madrid hat sich in der politischen und politikwissenschaftlichen Diskussion die Denkfigur von der Unvermeidbarkeit des Kampfes der Kulturen in den Vordergrund gedrängt. Diese These ist von dem amerikanischen Politikwissenschaftler Samuel Huntington schon in den 1990er-Jahren entwickelt worden. An dieser seit Jahren mit polemischer Schärfe geführten weltweiten Debatte haben sich zahlreiche Wissenschaftler und Politiker beteiligt. Man kann sie in zwei Gruppen einteilen. Die erste ist der Meinung, dass uns ein Urteil über eine andere Kultur und Religion nicht zustehe. Die zweite vertritt die These, dass die Globalisierung alle Kulturen und Religionen auf den Weg zu universellen Menschenrechten gebracht habe.

Die Diskussion um diese beiden Blickrichtungen hat inzwischen Fixpunkte eines interessanten interkulturellen Konsenses erkennen lassen. Die politikwissenschaftliche Theorie der internationalen Beziehungen hat sich längst von dem Atlantik-zentrierten Weltbild gelöst und neigt sich einem Kulturrelativismus zu. Jede Gemeinschaft setzt ihre eigenen Werte, ob im internationalen Verbund oder in transnationalen Verbindungen. Die Legitimität dieser Wertsetzung ist anderen Gemeinschaften gegenüber nicht begründungspflichtig. Doch haben die Vertreter dieser Position nie gezögert, Kinderarbeit, Verhaftung und Gefängnis

ohne förmliches Verfahren, Beschneidung von Mädchen, Prügelstrafe und Amputation als Strafe aus der Sicht eines liberalen und humanitären Gesellschaftsverständnisses abzulehnen.

## Keine Blockbildung

Zweifellos ist es Huntington mit seiner Kulturkampfthese gelungen, auf die grundsätzliche Bedeutung von Kultur und Religion für die internationale Politik aufmerksam gemacht zu haben. Das ist neu und erfreulich, weil die möglichen kulturellen Konfliktursachen im Zeitalter der Globalisierung und wachsender internationaler Verflechtung eine besondere Aufmerksamkeit beanspruchen können. Huntingtons These hat eine Debatte über kulturelle Konfliktlinien zustande gebracht, die etwa Henry Kissinger in seinem Standardwerk *Diplomacy* von 1994 noch ignorierte. Allerdings muss sich Huntingtons Kulturkampf-These auch entgegenhalten lassen, dass die Zahl der Kriege innerhalb seiner Kulturkreise zu groß ist und auch die Zahl militärischer Allianzen von Akteuren einander fremder Kulturkreise, als dass ein neuer Blockbildungsprozess überzeugend behauptet werden kann.

Hinzu kommt ein weiterer Einwand, der aus der Beobachtung einer politischen Renaissance der Religionen resultiert. Dieser Bedeutungszuwachs der Religionen ist in allen Teilen der Welt zu beobachten, nur in Europa nicht. Huntington spricht in diesem Zusammenhang von einer Resäkularisierung der nationalen Identität. Die Renaissance der Religio-

nen hat in der Tat die Grundlage geschaffen für stärkere Empathien mit über nationale Grenzen hinweg existierenden religiösen Gemeinschaften. Aber dass säkulare Identität durch religiöse Identität ersetzt würde, das lässt noch nichts behaupten, und es spricht auch nichts dafür, dass eine solche Behauptung in absehbarer Zukunft konsensfähig wird. Denn allzu oft werden religiöse Auseinandersetzungen zu politischen Konflikten, indem die politische Führung religiöse Bindungen für ihre politischen Zwecke instrumentalisiert. Oft liegt die Dritte Welt mit sich selbst im Krieg. Eine neue Weltordnung entsteht jedenfalls nicht entlang kultureller und religiöser Konfliktlinien, sondern zu beobachten ist eine Tendenz zunehmender Fragmentarisierung und Regionalisierung bei stärker werdenden Tendenzen wirtschaftlicher und kommunikationstechnologischer Globalisierung.

Niemand hat das schärfer und radikaler in den Blick genommen als der amerikanische Soziologe Benjamin R. Barber, der in einem seiner letzten Bücher den paradoxen Zusammenhang zwischen Globalisierung und Fundamentalismus aufweist. Er behauptet, dass der weltweite Turbokapitalismus und der ebenso weltweit agierende Fundamentalismus der Demokratie und der Freiheit den Boden unter den Füßen wegziehen, indem sie gemeinsam die Entstehung einer von ihm kommunitaristisch verstandenen Zivilgesellschaft verhindern. Weder der Barber'sche Pessimismus noch die Huntington'sche Prognose des Zusammenpralls der Kulturen beschreiben die Realitäten im beginnenden einundzwanzigsten Jahrhundert.

Der Tübinger Philosoph Otfried Höffe weist darauf hin, dass sich die Gesellschaftsformen der Gegenwart kampfflos gewissermaßen durch Suggestion verbreiten. Die international vorherrschende Zivilisationsform sei vielmehr in Glaubens- und Heilsfragen indifferent, multi-

religiös verträglich und deswegen auch globalisierungsfähig und globalisierungsberechtigt. Die globale Zivilisationsform erlaube ein hohes Maß an Eigenständigkeit von Teilgesellschaften, Kulturen und Religionen und damit eine Vielfalt gesellschaftlicher kultureller Differenzen und Kontraste. Diese These erhält jetzt weitere Unterstützung.

### Stimme des Islam

Im März hat die Washingtoner Georgetown-Universität zusammen mit dem Gallup-Institut die Ergebnisse einer Befragung von 50 000 Muslimen in 35 vorwiegend islamischen Ländern präsentiert (John L. Esposito und Dalia Mogahed, *Who Speaks for Islam? What a Billion Muslims Really Think*, Gallup 2008). Das Buch gibt der schweigenden Mehrheit der Muslime eine Stimme. Gefragt wurde, was sie von Demokratie und Menschenrechten halten und ob sie Terroranschläge befürworten.

Die Ergebnisse sind geeignet, unsere Vorstellungen über die Vorstellung der Muslime beträchtlich zu revidieren. Das überraschende Ergebnis: Anhand einer Vielzahl von Indikatoren stufen die amerikanischen Forscher lediglich sieben Prozent der Muslime als „politisch radikalisiert“ ein, die Terroranschläge für gerechtfertigt halten; hingegen gelten 93 Prozent als „moderat“. Auf die Frage, was sie denn am Westen am stärksten bewunderten, nannten die „Moderaten“, aber auch viele „Radikale“ die Technologie, das westliche Wertesystem, Demokratie und Menschenrechte. Wenn nach der Gleichberechtigung von Mann und Frau gefragt wird, dann ergibt sich ein differenziertes, aber in seiner Tendenz dennoch eindeutiges Bild. Je nach Land befürwortet die überwiegende Mehrzahl (61 Prozent in Saudi-Arabien, neunzig Prozent in Indonesien) gleiche Rechte für Frauen und Männer. Diese Ergebnisse machen Hoffnung. Sie korrigieren den Eindruck, den die Radikalen als Wortfüh-

rer in den Berichten über die islamische Welt erzeugen. Auf diese Weise ist ein verzerrtes Islambild entstanden. Dieses hat zum Beispiel die Folge, dass in Deutschland laut demoskopischen Ergebnissen achtzig Prozent der Befragten glauben, der Islam führe zum Radikalismus, und sechzig Prozent halten den Islam und die Demokratie für unvereinbar. Auch wenn gegenüber Umfragen immer Skepsis angebracht ist im Blick auf die genauen Fragestellungen und auf die Bewertungskriterien, so lassen diese Ergebnisse dennoch die Hoffnung aufkeimen, dass die Uni-

versalität der Menschenrechte nicht nur eine westliche These ist, sondern dass die Menschenrechte, wie sie in der UN-Charta festgehalten sind, tatsächlich dabei sind, Universalien zu werden.

Eines jedenfals macht die Studie deutlich: Muslime haben keine fundamental anderen Meinungen zu Freiheit und Menschenrechten und Radikalismus. Deshalb ist der generelle Konflikt zwischen dem Westen und den Muslimen keinesfalls so unvermeidlich, wie die Huntington'sche These des Kulturkampfes suggeriert.

### Alle sind gefordert

*„Die meisten Muslime sind keine Islamisten; aber diese organisierte Minderheit dominiert ihren Diskurs. Ich hätte den Hizb ut-Tahrir verlassen und mich einfach der schweigenden Mehrheit anschließen können. Der Islamismus ist nun mehr als 80 Jahre lang in die muslimische Gemeinschaft eingesickert, doch wenig ist geschehen, um ihn direkt zu konfrontieren. Gewiss, manche muslimische Organisationen propagieren einen toleranten Islam, aber das reicht nicht. Der gute Islamist wird diese Botschaft lediglich irgendwo in seiner politischen Ideologie versorgen – genauso, wie wir es taten. Wir tolerierten unterschiedliche Ausprägungen islamischer Theologie und verhielten uns diszipliniert gegenüber Nichtmuslimen. Und das taten wir mit dem Ziel, über enge sektiererische Grenzziehungen hinaus möglichst viele Anhänger für unsere politischen Ziele zu gewinnen.*

*Wenn nicht alle Gemeinschaften, insbesondere aber die Muslime, sich zusammentun, um den islamischen Glauben wieder zurückzufordern, dann werden wir gegen diese Ideologie, die in unserer Mitte gewachsen ist, keine Chance haben. Das heisst aber auch, dass im Blick auf Menschenrechtsverletzungen keine unterschiedlichen Massstäbe mehr gelten dürfen. Es heisst, dass eine gültige Alternative zum islamistischen Weltverständnis geschaffen werden muss. Dass gewisse Linke und wohlmeinende Liberale ihre Toleranz gegenüber einer globalen totalitären religiösen Bewegung aufgeben und dass sie inskünftig Prinzipien den Vorrang vor Zweckdienlichkeit geben. Es heisst vorab auch, dass Muslime ihre Türen vor islamistischen Denunzianten verschliessen und es nicht mehr dulden sollten, dass Verbrecher sich anmassen, im Namen des Islam und der Muslime zu sprechen. Vor allem aber müssen weltliche und geistliche Exponenten der Muslime sich dieser ideologischen Attacke auf unseren Glauben entgegenstellen. Insbesondere bei den Religionsgelehrten liegt die Verantwortung, eine Führungsrolle im muslimischen Widerstand gegen den Islamismus zu übernehmen.*

*Aber dies kann nur geschehen, wenn auch gegen den Zwilling des Islamismus, die Islamophobie, vorgegangen wird. Denn Islamisten und ihre radikalen Gegner haben einiges gemeinsam. Beide sehen den Islam als eine politische Ideologie, die mit der liberalen Demokratie unvereinbar ist, und glauben daher an einen unvermeidlichen „Krieg der Kulturen“. Die einen wollen den Koran verbieten lassen, die anderen alles andere ausser dem Koran – und zusammen bilden sie den negativen und den positiven Pol einer Sprengkapsel.*

*Mittlerweile gibt es erste Bemühungen, den Problemkomplex mit vereinten Kräften anzugehen. Aber solange diese Anstrengungen nicht von einer breiten Front vorangetragen werden, hat ein einsamer, von Selbstzweifeln gequälter Islamist kaum einen neuen Horizont, dem er sich zuwenden kann.“*

Maajid Nawaz am 12. Juni 2008 in der *Neuen Zürcher Zeitung*.

Maajid Nawaz war Mitglied des islamistischen Hizb ut-Tahrir; in der Haft hat er seine Ideale überprüft und verworfen. Er ist heute Direktor der neu gegründeten britischen Quilliam Foundation, die sich für ein progressives Verständnis des Islam und den interreligiösen Dialog engagiert.